



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Griechenland muss die vertraglichen Vereinbarungen einhalten!

Kauder: „Für Entscheidungen der linkspopulistischen Regierung in Athen darf nicht der Steuerzahler haften!“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat gegenüber seinem neuen griechischen Amtskollegen bei einem Gespräch in Berlin klar gemacht, dass Deutschland auch künftig auf eine Kontrolle der zugesagten Reformen durch die EU-Kommission, den IWF und die Europäische Zentralbank bestehen werde. Er verwies zudem darauf, dass die Ursachen für die schwierige Lage Griechenlands in Griechenland selbst lägen „und nicht in Europa und schon gar nicht in Deutschland.“

Zu Beginn dieser Sitzungswoche hatte auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, zu den Forderungen der neuen griechischen Regierung Stellung genommen: „Was Griechenland betrifft, bleibt es bei den getroffenen Vereinbarungen. Griechenland hat bereits viel europäische Solidarität erfahren. Für die Hilfen sind feste Regeln vereinbart worden. Wahlergebnisse ändern diese Verträge nicht. Schon gar nicht wird es einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland geben. Die Griechen müssen ihre Reform- und Sparanstrengungen fortsetzen. Schon gar nicht sind wir dazu bereit, Wahlversprechen einer links-populistischen Regierung in Griechenland mit deutschen Steuergeldern zu bezahlen.“

Kauder kritisierte auch die Beteiligung der rechtspopulistischen ANEL an der neuen griechischen Regierung, die sich vor allem mit derben Beschimpfungen Deutschlands und der Bundeskanzlerin hervortut und im Europäischen Parlament gemeinsam mit der AfD in einer Fraktion sitzt. Es sei auffällig, so Kauder, dass vor allem auch die jüdenfeindlichen und homophoben Äußerungen von ANEL-Politikern bei Vertretern der deutschen Linkspartei auf keine Ablehnung stoßen. Ganz anders war dies im linken Parteienspektrum noch, als Österreich zum Auswärtigen in der EU erklärt wurde, weil die ÖVP eine Regierung mit der FPÖ bildete.

Ein Schuldenschnitt würde die aktuellen Finanzierungsprobleme Griechenlands im Übrigen nicht lösen. Die Rückzahlung der europäischen Hilfgelder soll nach den Vereinbarungen erst 2020 beginnen, nur die Gelder des IWF müssen jährlich zurückgezahlt werden. Wenn also die Euro-Staaten auf ihre Schulden verzichten, würde dies den griechischen Staatshaushalt in den nächsten Jahren um keinen Euro entlasten. Die Steuerzahler in den übrigen Euro-Ländern, die teilweise selber harte Reformen durchgestanden haben, hätten aber das Nachsehen.

Debatte über das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2015

In dieser Woche debattierte der Bundestag auch über das von der EU-Kommission vorgelegte Arbeitsprogramm für 2015. Dieses steht unter dem Motto: „Neustart für Wachstum, Jobs und Investitionen“. Geplant ist eine Investitionsoffensive für Europa, mit der in den nächsten drei Jahren öffentliche und private Investitionen im Umfang von mindestens 315 Milliarden Euro mobilisiert werden sollen. Des Weiteren sind unter anderem erste Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Energieunion und die Entwicklung eines neuen Konzepts für legale Migration geplant. Insgesamt enthält das Programm 23 Initiativen, bei denen sich die Kommission verbindlich verpflichtet, 2015 einen Vorschlag vorzulegen. Zugleich stellte die Kommission die Arbeit an 80 Rechtssetzungsvorschlägen ein, die teilweise seit Jahren erfolglos verhandelt wurden. Es ist gut, dass die Europäische Kommission ihre Arbeit in dieser Wahlperiode weniger detailverliebt und insgesamt politischer anlegen will. Wir unterstützen daher sehr ihre Schwerpunkte: Subsidiarität, Vorrang von Wachstum und Investitionen, Bürokratieabbau, Binnenmarkt, Digitalisierung, das Bekenntnis zum Freihandel und eine intensive Rückbindung an die Mitgliedstaaten. ■

Mindestlohnkommission tagt erstmals

Bundesarbeitsministerin Nahles hat die Mindestlohnkommission, die sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammensetzt, zu ihrer ersten Sitzung einberufen. Dieser Kreis ist der richtige Ort, um über die vielen Bürokratieprobleme bei der Umsetzung des allgemeinen Mindestlohnes zu sprechen, über die uns aus der betrieblichen Praxis berichtet wird. Die Kommission ist von Anfang an Teil des sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Mindestlohnkonzeptes der Union gewesen. Schon jetzt, kurz nach dem Start des Mindestlohnes, zeigt sich, dass es richtig war, in den Koalitionsgesprächen sowohl die Evaluierung des Mindestlohnes durchzusetzen als auch den Auftrag an die Kommission, die Wirkungen des Gesetzes zu prüfen. Es ist auch gut, dass die Kommission jetzt noch zügiger als vorgesehen zusammenkommt. Unser Ziel ist es, bei einem großen Gesetzesvorhaben wie diesem übliche Startprobleme baldmöglichst zu überwinden, damit das Mindestlohngesetz wie gewünscht funktioniert und breite gesellschaftliche Akzeptanz findet. Daher ist es völlig falsch, dass seitens der SPD die vielen berechtigten Hinweise aus den Unternehmen über zunehmende Bürokratie pauschal als unberechtigt abgekanzelt werden. ■

Dienst in der Bundeswehr wird attraktiver

Der Bundestag hat Beratungen über Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr aufgenommen. Das neue Gesetz wird ein Wendepunkt in der Geschichte der Bundeswehr sein. Arbeitsbedingungen, Vergütung und Absicherung der Soldaten werden den Anforderungen an moderne Streitkräfte angepasst. Dafür hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Koalitionsverhandlungen stark gemacht und dieses Engagement zahlt sich jetzt für die Soldatinnen und Soldaten aus. Der Beruf des Soldaten ist kein Beruf wie jeder andere. Für Deutschland zu dienen heißt, Verantwortung zu übernehmen und dabei auch Gefahren für das eigene Leben in Kauf zu nehmen. Für diese anspruchsvolle Aufgabe benötigt die Bundeswehr qualifizierte und motivierte Männer und Frauen. Die Attraktivität des Dienstes ist eine wesentliche Voraussetzung, um dieses Personal zu gewinnen und langfristig zu binden. Neben einer Verbesserung der Unterkünfte ist es der Union besonders wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Dienst zu verbessern. Zudem werden viele Tätigkeitszulagen, die teilweise seit 25 Jahren unverändert geblieben sind, deutlich angehoben. ■

Gesetz regelt Karennzeiten

Bislang war der Wechsel von Ministern oder Parlamentarischen Staatssekretären in neue Arbeitsverhältnisse nicht geregelt. Dies stieß in der Öffentlichkeit häufig auf Kritik. Jetzt wird eine sog. „Karenzzeit“ eingeführt. Ein beratendes Gremium wird der Bundesregierung nach Prüfung des Einzelfalls empfehlen, ob eine Karenzzeit erforderlich ist und wenn ja, wie lange diese sein sollte. Hierfür sind zwölf bis 18 Monate vorgesehen. Mit dieser Regelung wird es ehemaligen Regierungsmitgliedern ermöglicht, nach dem Ausscheiden aus dem Amt beruflich neu zu starten, wenn keine Interessenkonflikte vorliegen. Mit der Neuregelung bleibt der Austausch zwischen Politik und Wirtschaft gewährleistet, den wir dringend brauchen. Politische Ämter sind immer nur Ämter auf Zeit. Wer aber befürchten muss, nach dem Ausscheiden jahrelang – so wie von der Opposition befürwortet – nicht entsprechend seiner Ausbildung und Berufserfahrung tätig werden zu dürfen, wird kaum für politische Ämter zur Verfügung stehen. ■

Versicherungen werden krisenfester

Versicherungen müssen künftig mehr Eigenkapital vorhalten und werden strenger reguliert. Der Bundestag beschloss gestern ein entsprechendes Gesetz, mit dem weitere Konsequenzen aus der weltweiten Finanzkrise der Jahre 2009/10 gezogen werden. Nach den Banken, den Ratingagenturen und Börsen werden jetzt auch die Versicherungen krisenfester gemacht, damit im Falle einer neuen Krise nicht wieder die Steuerzahler eingreifen müssen. Ziel ist es, dass die Versicherten die garantierten Leistungen am Ende der Versicherungsverträge auch bekommen. ■

Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/227-70371, Telefax: 030/227-76371

gunther.krichbaum@bundestag.de

www.facebook.com/krichbaum.bundestag

www.gunther-krichbaum.de



Weitere Informationen?
QR-Code scannen!

